

Gentechnik Lobbyisten als Kontrolleure

Leitende Mitarbeiter von Behörden, die im Auftrag des Bundeslandwirtschaftsministeriums unter anderem genmanipulierte Agrarprodukte überprüfen, pflegen enge Kontakte zur Ernährungswirtschaft. Das ergibt eine Studie des Instituts Testbiotech e. V. Die Münchner Wissenschaftler bemängeln „Interessenkonflikte“ der Kontrolleure und sprechen von einer „organisierten und zum Teil verdeckten Einflussnahme“ durch Lobbyverbände, die dem Ministerium schon lange bekannt sei. So besetzten etwa Vertreter der Industrievereinigung International Life Sciences Institute (Ilsi) hochrangige Posten im Bun-

desinstitut für Risikobewertung (BfR) und im Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel. Wissenschaftler der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die Parlamente und Behörden in Lebensmittelfragen beraten, seien zugleich für Industrieverbände tätig. Die Verwaltungsratsvorsitzende der Europäischen Lebensmittelbehörde musste 2012 ihren Posten wegen ihrer Tätigkeit in der Industrievereinigung Ilsi aufgeben. Im selben Jahr hatte auch in Deutschland die grüne Bundestagsfraktion Lobby-Verstrickungen von BfR-Mitarbeitern kritisiert. Dennoch zeigt die Studie, dass die Bundesregierung eine Unabhängigkeit der von ihr beauftragten Institute nicht hergestellt hat. **kl**

Jakob Augstein Im Zweifel links

Unsere Schurken



Der „Islamische Staat“ wird IS genannt. Nennen wir das Königreich Saudi-Arabien also S-A. IS und S-A unterscheiden sich in einer wesentlichen Hinsicht: Wenn der IS jemanden köpft, landet das Video gleich im Netz. Wenn in S-A einer den Kopf verliert oder ein Blogger ausgepeitscht wird, sind Kameras nicht erwünscht. Ansonsten ähneln sich IS und S-A wie ein islamischer Staat dem an-

deren: Beide verfügen über Sand und Öl, hacken Dieben die Hand und Räubern zusätzlich den Fuß ab, Frauen dürfen nicht Auto fahren, und Schwule sind des Teufels. Allahu akbar! Eine Kleinigkeit noch: Den „Islamischen Staat“ nennen wir monströs und führen Krieg gegen ihn, Saudi-Arabien dagegen ist seit 70 Jahren ein Verbündeter des Westens.

In der vergangenen Woche starb König Abdullah, und der amerikanische Präsident reiste mit einer beeindruckenden Delegation von Außenpolitikern, Geheimdienstchefs und Generälen an, um dem Nachfolger seine Aufwartung zu machen. Bei der Trauerfeier für die Terror-Toten von „Charlie Hebdo“ hatte Barack Obama dagegen gefehlt.

Gegen den IS, den wir zu Recht ideologisch dem Mittelalter zurechnen, fliegen Amerika und seine Verbündeten, darunter Saudi-Arabien, Bombenangriffe. Mit den Saudis haben wir bis vor Kurzem die tollsten Waffengeschäfte gemacht. Vielleicht gilt ja das geflügelte Wort vom Schurken, der eben unser Schurke sei? Der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt hat das 1939 über Anastasio Somoza gesagt, den Diktator von Nicaragua.

Öl? Jede Wette, dass die Islamisten des IS sich eines Tages als ebenso zuverlässige Öllieferanten erweisen würden wie die Saudis. Israel? Die offizielle Unterstützung der Hamas haben die Saudis eingestellt. Aber privates Geld dürfte weiterhin an die Israel-Feinde fließen. Terrorismus? Die IS-Kämpfer sind für uns eine Terrormiliz. Und zugleich wissen wir genau: Wenn die deutschen Limousinen und die ungarischen Mädchen wieder mal schwer auf wahhabitischem Gewissen lasten, verschaffen sich die Saudi-Araber Linderung durch fromme Finanzierung des internationalen Terrorismus.

Um die westliche Politik gegenüber dem IS und S-A zu verstehen, muss man entweder Waffenhändler oder amerikanischer Präsident sein oder in der Außenpolitikredaktion einer deutschen Zeitung den großen Realpolitikschein gemacht haben. So wollte uns die „Bild“-Zeitung das neulich erklären, als sie einen ungenannten Politiker aus Tel Aviv mit den Worten zitierte: „Manchmal muss man die Augen vor etwas verschließen, um das Gesamtbild zu sehen.“ In der Tat: Berechtigung und Sinn der westlichen Politik gegenüber Saudi-Arabien können nur noch die Blinden sehen.

Denn die Saudis sind fraglos Schurken, aber sie sind nun mal unsere.

An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein und Jan Fleischhauer im Wechsel.

Pegida Direkter Draht ins Ministerium

Das umstrittene Treffen von Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) mit Führungsfiguren der Anti-Islam-Bewegung Pegida wirft neue Fragen auf. Offenbar war das Gespräch, das am vorigen Montag an einem geheimen Ort außerhalb Dresdens stattfand, von Spitzenleuten des Ministeriums seit Längerem vorbereitet worden. Wie ein Sprecher Ulbigs auf Anfrage erklärte, ging die Initiative für das Gespräch vom sächsischen Innenministerium aus. Bereits um den 15. Januar herum habe der Leiter von Ulbigs Leitungsstab Kontakt mit der damaligen Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel aufgenommen und danach mehrmals mit ihr telefoniert und SMS ausge-

tauscht, um die gegenseitige „Gesprächsbereitschaft“ und das „Gesprächsformat“ des Ministertermins zu sondieren. Ursprünglich sollte neben Oertel wohl auch der umstrittene Gründer der Protestbewegung, Lutz Bachmann, teilnehmen. Nach Bekanntwerden rassistischer Facebook-Einträge und eines Bachmann-Fotos in Hitler-Pose sollte Pegida dem Ministerium dann zusichern, dass Bachmann nicht an dem Gespräch teilnehme. Am Ende wurde Oertel von einem anderen Mitstreiter, dem AfD-Funktionär Achim Exner, begleitet. Bei dem Spitzentreffen soll es, anders als zunächst behauptet, nicht nur vorrangig um Sicherheitsfragen der wöchentlichen Pegida-Demonstrationen gegangen sein. Unter anderem habe Minister Ulbig gegenüber Pegida die Dialogbereitschaft der Landesregierung bekräftigt. Einen Tag nach dem Geheimtreffen brach die Führungsspitze von Pegida auseinander: Fünf Mitglieder des sogenannten Orga-Teams, unter ihnen Oertel und Exner, verließen das Gremium und kündigten die Gründung einer neuen Protestbewegung an. **srö**, was

